



2018/47 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2018/47/begehrlichkeiten-fernost>

Die deutsche Wirtschaft betreibt einen verschärften Konkurrenzkampf in Asien

Begehrlichkeiten in Fernost

Von **Anja Krüger**

Deutsche Konzerne wollen ihre Stellung im asiatisch-pazifischen Raum verbessern - gegen die Konkurrenz aus den USA und China. Unternehmensverbände und Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier zeigen dabei großen Einsatz.

Der Gipfel des Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsforums (Apec) ist gescheitert. Die Vertreter der 21 teilnehmenden Länder konnten sich am Wochenende auf ihrer Tagung in Papua-Neuguineas Hauptstadt Port Moresby nicht auf eine Abschlusserklärung einigen. Der Grund ist der anhaltende Handelskonflikt zwischen China und den USA. Die beiden Staaten erlegen sich gegenseitig Zölle auf und drohen einander mit weiteren Handelsbeschränkungen.

Von dem Streit könnten südostasiatische Staaten profitieren – und auch deutsche Unternehmen sehen eine Gelegenheit, sich Vorteile zu verschaffen. Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer Phase der Hochkonjunktur, die jedoch fragil ist. Durch die Handelspolitik der US-Regierung und den EU-Austritt Großbritanniens dürften nicht nur Exporte in die USA und in das Vereinigte Königreich künftig schwieriger werden, weil Produkte wie Autos, Chemikalien und Maschinen sich durch Zölle erheblich verteuern. Probleme drohen auch bei der Fertigung, weil Lieferketten unterbrochen werden könnten. Denn viele Teile, die in Autos oder anderen Maschinen verbaut werden, überqueren vor ihrer Endmontage mehrfach Grenzen.

Deutschland müsse seine strategischen Partnerschaften in Asien ausbauen, fordert deshalb Hubert Lienhard, der Vorsitzende des Asien-Pazifik-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft (APA). Gerade wegen des Handelsstreits mit den USA und des Wettbewerbs mit China müssten die Partnerschaften mit Japan und den anderen Ländern der Region gepflegt werden. Der APA ist eine gemeinsame Lobbyorganisation des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), des Deutschen Industrie- und Handelskammertags, des Ostasiatischen Vereins, des Bundesverbands Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) und des Bankenverbands. Das Gremium organisiert gemeinsam mit dem Bundeswirtschaftsministerium regelmäßig die Asien-Pazifik-Konferenz der Deutschen Wirtschaft, bei der Manager und Politiker aus vielen Ländern zusammenkommen.

An der 16. Konferenz dieser Art nahmen Anfang November im indonesischen Jakarta fast 1 000 Vertreter aus Wirtschaft und Politik teil, darunter auch der deutsche Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU). Wer sich von dem Treffen etwas verspricht, zeigt die Sponsorenliste mit mehr als 30 Unternehmen, darunter die Deutsche Bank, der

Versicherer Allianz, die Chemiekonzerne BASF und Bayer, die Technikkonzerne Siemens, Bosch und Thyssen-Krupp sowie der Automobilkonzern Mercedes. Manager und Politiker sprachen in Jakarta über milliardenschwere Infrastrukturprojekte im Verkehr, im Städtebau und in der Energieversorgung. Viele Regierungen Südostasiens wollen in große Vorhaben investieren. Sie vergaben solche Aufträge bislang häufig an Unternehmen aus der Region. Das wollen deutsche Konzerne und der Bundeswirtschaftsminister ändern. Ebenfalls auf der Tagesordnung: die »Neue Seidenstraße«. Dieses gigantische Infrastrukturprojekt, mit dem eine Verkehrsverbindung auf dem Landweg von China bis Europa geschaffen werden soll, weckt Begehrlichkeiten. Siemens etwa hat eigens ein »Seidenstraßenbüro« in Peking eingerichtet, dessen Mitarbeiter lukrative Projekte finden sollen. Joe Kaeser, der Vorstandsvorsitzende von Siemens, soll im Februar den Vorsitz des APA übernehmen – ein Signal dafür, dass deutsche Unternehmen der Region einen höheren Stellenwert einräumen als bisher.

Die Regierungen Südostasiens vergaben Großaufträge bisher oft an Unternehmen aus der Region. Das wollen deutsche Konzerne ändern.

Der asiatisch-pazifische Raum ist für die deutsche Industrie sowohl als Produktionsstandort als auch als Absatzmarkt bereits jetzt überaus bedeutsam. Nach Angaben des BDI handelt es sich um die wichtigste außereuropäische Region für den Handel deutscher Unternehmen. Im ersten Halbjahr 2018 gingen immerhin 17 Prozent aller deutschen Ausfuhren in den asiatisch-pazifischen Raum. In den vergangenen zehn Jahren wuchsen die Ausfuhren dorthin im Schnitt um 7,4 Prozent jährlich, das gesamte deutsche Exportvolumen nahm in diesem Zeitraum nur um 2,9 Prozent pro Jahr zu. Kein anderer Wirtschaftsraum weist so hohe Wachstumsraten auf wie Südostasien, die Erwartungen für die Zukunft sind hoch. In vielen Ländern entstehen Milieus mit vielen potentiellen Kunden, die etwa deutsche Autos kaufen könnten. Allerdings sind auch sehr viele Menschen dort von dem wachsenden Wohlstand ausgeschlossen. Denn in keinem anderen Wirtschaftsraum lebt eine größere Zahl armer Menschen. Dass diese von einem Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit deutschen Firmen profitieren werden, ist nicht wahrscheinlich. In der Regel führen die durch Freihandelsabkommen ermöglichten Zuwächse deutscher Firmen in anderen Ländern nicht zu einer sozialen Nivellierung in diesen Gesellschaften, sondern zu einer Verschärfung materieller Gegensätze.

»Altmaiers Asien-Reise ist gleichzeitig eine Freihandelsmission«, beschrieb das Handelsblatt die Motive des Bundeswirtschaftsministers. Bevor Altmaier nach Jakarta reiste, hatte er Japan besucht und eine Absichtserklärung zur Vertiefung der japanisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen unterschrieben. Im Sommer hatten die Europäische Union und Japan ein Handelsabkommen vereinbart, das deutsche Unternehmen jubeln ließ. »Das ist ein hoffnungsvolles Signal in einer für den Welthandel sehr schwierigen Zeit«, hatte der BDI-Hauptgeschäftsführer Joachim Lang dies kommentiert. »Die EU muss diesen Weg konsequent weitergehen und sich weltweit für offene Märkte und regelbasierten Handel einsetzen.«

Das tut Wirtschaftsminister Altmaier. Bei der Asien-Pazifik-Konferenz der Deutschen Wirtschaft und ähnlichen Gelegenheiten bemüht er sich, deutschen Exporteuren freien Zugang zu den Märkten zu verschaffen. »Deutschland und die Länder der Asien-Pazifik-Region verbinden seit langem enge und starke Partnerschaften«, sagte er anlässlich der Konferenz. »Unsere gemeinsame Antwort auf die globalen Herausforderungen kann nur ein gemeinsames Eintreten für offenen, freien und fairen Welthandel sein.« In seiner Rede auf der Konferenz rief er dazu auf, eine »globale Allianz für die Marktwirtschaft« zu formen. Zwar seien die Vereinigten Staaten

lange ein Garant für Stabilität gewesen. Aber die USA schienen müde zu sein, sagte er.

Vietnam, Thailand und andere Staaten der Region hoffen auf Investoren, die wegen des Handelsstreits mit den USA von Geschäften in China absehen. Firmen verlassen China mittlerweile auch deshalb, weil dort allmählich die Lohnkosten steigen – im Gegensatz zu den Nachbarstaaten. Die deutsche Wirtschaft will ihren Einfluss in Südostasien sichern, bevor es zu spät ist. Denn während dem Handel in der westlichen Wirtschaftshemisphäre zurzeit durch neue Zölle erhebliche Einschränkungen drohen, arbeiten die Länder Südostasiens an einer neuen großen Freihandelszone. Deutsche Konzerne hoffen auf zollfreien oder bevorzugten Zugang mit wenigen bürokratischen Barrieren zu einer solchen Zone. Denn ihnen stünde mit einem Schlag ein großer neuer Absatzmarkt offen, außerdem könnten sie – so die Löhne weiterhin niedrig bleiben – dort billig produzieren lassen. Myanmar etwa ist ein wichtiger Standort für die Textilproduktion geworden. Dort können europäische Unternehmen ihre Waren sehr billig herstellen lassen. Nach jahrzehntelanger Militärdiktatur gibt es keine Gewerkschaften mehr, die für den Schutz und die angemessene Bezahlung von Beschäftigten sorgen könnten. Thailand und Indonesien sind Standorte für die Autozulieferindustrie, Malaysia für hochwertige Elektronik.

Im Zentrum der geplanten Freihandelszone in Fernost steht der Staatenverbund Asean, der zehn Staaten umfasst, darunter Vietnam, Thailand, Indonesien, die Philippinen und Myanmar. Die Staaten wollen mit sechs weiteren Ländern – China, Südkorea, Japan, Indien, Australien und Neuseeland – das Freihandelsabkommen RCEP (Regional Comprehensive Economic Partnership) abschließen. Die Entwicklung wird von China vorangetrieben, schon im kommenden Jahr soll es eine Einigung in zentralen Fragen geben. Entstehen würde eine gigantische Wirtschaftszone, deren Mitgliedstaaten unabhängiger von der US-amerikanischen Wirtschaft und der Regierung Trump würden. Diese Zone könnte etwa die Hälfte der Weltbevölkerung umfassen.